

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Thema: **Entschlossen und effektiv gegen Rassismus und Diskriminierung vorgehen – Die Ereignisse von Hoyerswerda 1991 dürfen sich nicht wiederholen**

Der Landtag möge beschließen:

- I. Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zu berichten
 1. wie viele Demonstrationen, Mahnwachen, Schweigemärsche etc. bislang im Jahr 2014 mit rassistischen, antisemitischen, sonstigen diskriminierenden, neo-nazistischen Bezügen und/oder gegen geplante und existierende Gemeinschaftsunterkünfte von Asylbewerbern wann, wo, von welchen Initiatoren, unter welchem Motto angemeldet, mit wie vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus der Neonaziszene und mit wie vielen Sympathisantinnen und Sympathisanten abgehalten wurden,
 2. wie viele Demonstrationen, Mahnwachen, Schweigemärsche etc. bislang im Jahr 2014 mit rassistischen, antisemitischen, sonstigen diskriminierenden, neo-nazistischen Bezügen und/oder gegen Gemeinschaftsunterkünfte von Asylbewerbern wann, wo, von welchen Initiatoren, mit wie vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus der Neonaziszene und mit wie vielen Sympathisantinnen und Sympathisanten ohne Anmeldung abgehalten wurden,
 3. wie hoch sie den Anteil von sächsischen Neonazi-Strukturen (Personen, Gruppierungen, Parteien und sonstige Zusammenschlüsse) in der Bewegung „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (PEGIDA) bzw. bei

Dresden, den 4. Dezember 2014

b.w.



Volkmar Zschocke, MdL
und Fraktion

Eingegangen am: 04. Dez. 2014

Ausgegeben am: 05. Dez. 2014

Demonstrationen dieser Bewegung und weiteren Vereinigungen und Initiativen, die Veranstaltungen nach Ziffer 1 bzw. 2 durchführen, einschätzt

4. wie hoch sie die Gefahr einschätzt, dass aus diesen Demonstrationen, Mahnwachen, Schweigemärschen etc. eine Stimmung entsteht, die in diskriminierende unter Umständen auch gewalttätigen Übergriffen gegen Menschen mit Migrationshintergrund, Muslime, Menschen mit sorbischer Volkszugehörigkeit mündet und welche konkreten Sicherheitskonzepte entwickelt werden, um diese zu verhindern,
 5. wie sie Anwohnerinnen und Anwohner über die geplante Eröffnung von Erstaufnahmeeinrichtungen in Dresden und Leipzig informiert, inwiefern dabei zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure einbezogen werden und wie sie die Anwohnerinnen und Anwohner für die Belange von Flüchtlingen und Asylsuchenden sensibilisiert,
 6. inwieweit sie welche Landkreise und Kommunen in welchem Umfang finanziell und sonstig (z. B. durch Bereitstellung von Informationsmaterial, Schulungen, Kommunikations- und sonstige Beratung) dabei unterstützt, Anwohnerinnen und Anwohner über geplante Eröffnungen von Gemeinschaftsunterkünften zu informieren und für die Belange von Asylsuchenden und Flüchtlingen zu sensibilisieren,
 7. mit welchen Maßnahmen sie die Gemeinschaftsunterkünfte von Asylsuchenden gegen rassistische Übergriffe schützt, insbesondere welche konkreten Sicherheitskonzepte entwickelt wurden und
 8. welche langfristige Strategie sie in Bezug auf die Bekämpfung von Rassismus vor dem Hintergrund einer steigenden Zahl von Übergriffen auf Asylsuchende verfolgt.
- II. Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich entschieden gegen jegliche rassistische, antisemitische und sonstige diskriminierende Hetze von PEGIDA und sonstiger Vereinigungen und Initiativen zu stellen, die (auch) von der Neonaziszene genutzt werden, um ihre Ressentiments zu transportieren.

Begründung:

Im Freistaat Sachsen mehren sich allorts die Proteste gegen die Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden. Beispielhaft zu nennen sind die von der NPD initiierten sog. Lichtelläufe in Schneeberg im Dezember 2013, die sich gegen die Erstaufnahmeeinrichtung für Asylsuchende in der Jägerkaserne richteten, Proteste in Bautzen gegen die Eröffnung einer Gemeinschaftsunterkunft sowie gegenwärtig die von der Bewegung „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (PEGIDA) in Dresden veranstalteten „Montagsspaziergänge“. Der Kreis der Sympathisanten und Sympathisantinnen wächst stetig. Die zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure rufen dagegen zur Solidarität mit den Asylsuchenden und Flüchtlingen auf.

Auch rassistisch motivierte Übergriffe – auf Menschen mit Migrationshintergrund und Asylsuchende – stehen im Freistaat Sachsen auf der Tagesordnung. Die von der Opferberatung der Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie e.V. (RAA) dazu veröffentlichten Zahlen sind alarmierend. (Pressemitteilung des RAA Sachsen e.V. sowie der Gruppe „Refugee Support Plauen“, <http://raa-sachsen.de/pressemitteilung/items/gemeinsame-pressemitteilung-der-opferberatung-fuer-betroffene-rechtsmotivierter-und-rassistischer-gewalt-des-raa-sachsen-ev-sowi.html>, aufgerufen am 17.11.2014 sowie Jahresbericht des RAA Sachsen e.V., <http://raa-sachsen.de/pressemitteilung/items/jahresstatistik-opferberatung-raa-sachsen-2013.html> aufgerufen am 17.11.2014)

Zur Zielgruppe menschenverachtender körperlicher Angriffe durch Neonazis gehören in jüngster Vergangenheit zudem Menschen mit sorbischer Volkszugehörigkeit (siehe Sächsische Zeitung vom 12.11.2014).

Diese Entwicklungen sind äußerst besorgniserregend. Sie erinnern an die Stimmung Anfang der 90er Jahre im Freistaat Sachsen, in der die rassistisch motivierten Übergriffe von Hoyerswerda den Auftakt für weitere rassistische Ausschreitungen im gesamten Freistaat Sachsen bildeten. Auch in dieser Zeit nahmen die Zahl der Asylsuchenden und Flüchtlinge – wie gegenwärtig wieder – stark zu.